

Entscheidung der Gemeinde

Zur Beschlussfassung im Gemeinderat

Bauherr/-in (Name, Vorname, Anschrift)

Bauantrag vom
18.11.2024

1. Einvernehmen

Das Einvernehmen wird

Bauort: Blumberg, Dillinger Straße 10, Flst. Nr. 2359

☒ erteilt.☐ nicht erteilt.

Begründung Siehe Anlage

☐ Siehe beiliegendes Gemeinderatsprotokoll

2. Zurückstellungsantrag

☐ Die Gemeinde beantragt die Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 BauGB

Begründung

☐ siehe Anlage

3. Hochwasser (HQ100 - Gebiet)

☐ Das Bauvorhaben liegt innerhalb der Hochwassergefahrenkarte „HQ100“. Siehe Plan im Anhang☒ Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb der Hochwassergefahrenkarte „HQ100“.

4. Stellplätze

☐ Die Gemeinde stimmt der Ablösung der Stellplatzverpflichtung zu.☐ Die Ablösungsvereinbarung liegt bei.☐ Die Ablösungsbestimmungen liegen bei.☐ Die Gemeinde stimmt der Herstellung der erforderlichen Stellplätze auf einem anderen Grundstück in der Gemeinde zu☐ Die Stellplatzzahlen nach Satzung sind zu beachten (§ 74 Abs. 2 LBO)

5. Vorgänge im Sanierungsgebiet

Die Genehmigung nach § 144 BauGB wird

☐ erteilt☐ nicht erteilt.

6. Angrenzerbenachrichtigung nach Landesbauordnung

☐ wurde durchgeführt.

Bürgermeisteramt

Bauvorhaben:

Anbau an ein bestehendes
Wohnhaus

Planverfasser/-in:

Fluck Holzbau GmbH
Alemannenstraße 48
78176 Blumberg
info@fluck-holzbau.de

05.12.2024

Datum, Unterschrift

Anlage zur Entscheidung der Gemeinde

Anbau an bestehendes Wohnhaus, Anbau an ein bestehendes Wohnhaus
Dillinger Straße 10, 78176 Blumberg

Das Baugrundstück befindet sich innerhalb des Bebauungsplans „Bergarbeitersiedlung – IV. Änderung“ in Blumberg.

Die vorliegende Planung weicht in dem folgenden Punkt von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ab:

Befreiung der Festsetzung des Baufensters, gemäß des Bebauungsplanes, da die Grundzüge der Planung nicht wesentlich berührt werden und auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Die geplante Außentreppe überschreitet das Baufenster in einen nicht wesentlichen Teil (weniger als 1/3). Das Bauvorhaben dient zur Schaffung in einem bereits erstellten Wohnraum.

Nach Rücksprache mit der Baurechtsbehörde kann die Befreiung erteilt werden, da es keine erhebliche Abweichung vom geltenden Bebauungsplan darstellt und die sonstigen Planungen dem geltenden Bebauungsplan „Bergarbeitersiedlung – IV. Änderung“ entsprechen.

Daher kann seitens der Verwaltung dem Antrag auf Befreiung für die geringfügige Überschreitung des Baufensters stattgegeben werden.